

Kampf gegen Mobilfunkmasten

Volksbegehren gegen „Wildwuchs“ startete mit Unterschriftenaktion

Regensburg. Das lokale Aktionsbündnis zum Volksbegehren „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ lud am Dienstag zum Auftakt der Unterschriftenaktion beim Einwohnermeldeamt ein. Vertreter der Bürgerinitiative „Mobilfunkkritiker“, des Bund Naturschutzes, des Katholischen Frauenbundes, der ödp, der Freien Wähler sowie Ärzte, Apotheker und Heilpraktiker waren anwesend, um ihr Statement gegen den so genannten „Wildwuchs“ von Mobilfunkmasten zu geben und Vertuschungstaktik anzukreiden.

„Ich habe viele Messungen in den letzten Jahren durchgeführt“, erklärt Jiri Polivka, Vorsitzender der Bürgerinitiative der Mobilfunkkritiker Regensburg Stadt und Land. Auch habe man versucht, den minimalen Rechtsspielraum mit juristischem Beistand auszuschöpfen. Dennoch seien Bürger und Kommunen bis heute weitgehend machtlos.

Bürgerwille ist gefragt

„So genannte runde Tische nach dem ‚Regensburger Modell‘ sind reine Augenwischerei“, kritisiert Benedikt Suttner, Koordinator des Volksbegehrens für Regensburg Stadt und Land. Die medizinischen Gutachten würden von den verantwortlichen Politikern bis heute praktisch ignoriert. Statt transparent über neue Masten in der Nachbarschaft zu informieren, würden die Antennen immer öfter mit so genannten „Kaminattrappen“ verhüllt. Es sei nun Auf-



Gegen den Wildwuchs von Sendemasten zieht die Bürgerinitiative zu Felde.

(Foto: gd)

gabe des Bürgers, diesen „Nacht- und Nebel-Aktionen“ ein Ende zu setzen, erklärte Suttner. Vom 5. bis 18. Juli seien alle bayerischen Wahlberechtigten aufgefordert, sich im Rathaus beim Volksbegehren „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ einzutragen.

Blick nach Berlin

„Wir sind nicht gegen Handys, aber wir möchten, dass Sendeanlagen künftig nicht mehr in Wohngebieten, neben Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern errichtet werden. Dafür brauchen wir eine Genehmigungspflicht für alle Masten“, so das Plädoyer Suttners. Nicht die Kosten

dürften ausschlaggebend sein, sondern eine möglichst große Gesundheitsvorsorge, so die Meinung seiner Mitstreiter vom Aktionsbündnis. Suttner erhoffe sich von einem erfolgreichen Volksbegehren aber noch mehr: „Wenn wir die zehn Prozent-Hürde überspringen, ist das ein klares Signal nach Berlin.“

Dies wäre dann für die Gesetzgeber ein klares Zeichen für die Senkung der viel zu hohen Grenzwerte beim Mobilfunk! „Interessierte Bürger können sich noch bis zum 18. Juli im Wahlamt, im Einwohneramt, im Bürgerbüro Nord, im Bürgerbüro Burgweinting und in der Zulassungsstelle eintragen.“

-dp/de-